

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Felber, Jägerbrunn, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nöen, Krefeld, Duth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch alle Buchh. des Reichs. —

Nummer 7

Düsseldorf, den 20. Februar 1932

Verbandort Krefeld

Sozialreform

Von Prof. Dr. Theodor Brauer, Köln-Königswinter.

Die Sozialpolitik von heute hat im wesentlichen keine gesellschaftsbildende Kraft. So wie sie geworden war in der Zeit vor dem Kriege, fehlte es fast ganz an Voraussetzungen, um insbesondere die Arbeiterklasse als gesellschaftliche Schicht aufzubauen und praktisch zur Geltung zu bringen. Erst nach dem Kriege sind durch das Arbeitsrecht bestimmte Ansätze von größerer Bedeutung geschaffen worden, und zwar insbesondere dadurch, daß das Arbeitsrecht wenigstens die Möglichkeit in sich trägt, ein Sozialrecht zu werden, d. h. ein Recht, das dem einzelnen Arbeiter auf die Dauer die Möglichkeit zu geben vermag, nicht als vereinzelt Individuum auftreten zu müssen, sondern durch seine geordnete Schicht hindurch eine gesellschaftliche Repräsentation zu erhalten. Nun kommt es darauf an, in diesem Zusammenhang auch die Sozialpolitik im engeren Sinne des Wortes hineinzustellen.

Es handelt sich darum, daß an die Stelle der heutigen Träger der Sozialversicherung Selbstverwaltungskörper treten. Solche Selbstverwaltungskörper stellen jeweils die einzelnen in sich organisierten Produktionszweige dar. Ihnen überträgt der Staat die Verwaltung, Gestaltung und Entwicklung der bisherigen sozialpolitischen Einrichtungen. So liegt also die Krankenversicherung z. B. nicht mehr in den Händen von Ortskrankenkassen, sondern in den Händen von Stätten, die aus den einzelnen Produktionszweigen heraus aufgedaut sind. Was bedeutet dies? Ein praktisches Beispiel läßt die Tragweite der ganzen Sache am besten herausstreuen. In der heutigen Ortskrankenkasse ist eine Anzahl von Menschen vereinigt, die den verschiedensten Gewerben angehören, und zwar gehören ihnen diese Menschen, ganz gleich, ob männlich oder weiblich, rein individuell an. Der Versicherungsfall ist damit gegeben, daß irgend ein Mit-

glied diese Arbeitsunfähigkeit feststellen und dafür zu sorgen, daß dieselbe so bald wie möglich wieder hergestellt wird. Liegt dagegen die Krankenversicherung bei Einrichtungen, die jeweils aus den einzelnen Gewerben und Produktionszweigen für sich hervorgehen, so haben wir es hier nicht mehr mit einer Mischung der verschiedensten Risiken zu tun, sondern es liegt ein eigenartiges Risiko vor, eigenartiger nämlich auf Grund der Individualität, die jedes einzelne Gewerbe und jeden einzelnen Produktionszweig darstellt. Der Arzt, der hier in Betracht kommt, weiß von vornherein, wenn ein Krankheitsfall auftritt, welche besonders eigenartige Verursachung in der Regel Krankheiten der Menschen in diesem Produktionszweig hervorruft. Ja, mehr als das: immer mehr wird man dazu kommen, an die Stelle der bloßen heilärztlichen Behandlung eine positiv gesundheitliche Fürsorge treten zu lassen. Was aber für die Krankenversicherung gilt, das gilt natürlich für alle anderen Versicherungsgebiete ebenfalls. Es gilt insbesondere für die Unfallversicherung. Unfallschutz, darüber besteht wohl kein Zweifel, ist ohne Anlehnung an die gewerbliche und berufliche Eigenart gar nicht möglich. Es gilt aber auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung, denn auch hier sind die Versicherungsfälle durch die gewerbliche und berufliche Eigenart in weitestem Umfang bedingt und bestimmt. Und es gilt nicht zuletzt für die Behandlung der Arbeitslosigkeit und des schwierigen Falles der Arbeitslosigkeit. Wir kommen heute über die Schwierigkeiten in diesem Punkte deswegen nicht hinweg, weil man Erwerbs- und Arbeitslosigkeit nicht mit Aussicht auf Erfolg anpacken kann, ohne in weitestem Umfang von der Eigenart der gewerblichen Risiken auszugehen. Gemischte Risiken lassen hier am allerwenigsten eine rationale Behandlung zu. Diese Zusammenhänge dürften im allgemeinen dem Verständnis keine Schwierigkeiten bieten.

Nun ist es aber ferner zweifellos sicher, daß eine Verwaltung, die in den Händen der Beteiligten selber liegt, sehr viel besser und sehr viel leichter zweckmäßig — und das heißt billig — gestaltet, als das bei bürokratischen Voraussetzungen der Fall ist. Im allgemeinen ist es sicher so, daß diejenigen, die sich unmittelbar beteiligen sehen, schon selber darüber wachen, daß nicht gegen ihre Interessen verstoßen werde. Aber es ergeben sich Erleichterungen für die ganze Verwaltungstechnik und den Aufbauorganismus aus der einfachen Überlegung heraus, daß bei einem Aufbau auf der Grundlage des Gewerbe- und Produktionszweiges die ganze Sachlage viel durchsichtiger ist und daher die einzelnen Maßnahmen in ihrer Tragweite sehr viel besser übersehbar werden können. Uebrigens läßt sich von einzelnen Gewerben her sehr viel leichter auch ehrenamtliche Mitbeteiligung in Anspruch nehmen als heute. Auch das ist ein Vorzug der wirklichen Selbstverwaltung.

Ist einmal diese Art des Aufbaus durchgeführt, so läßt sich eine Fülle von Problemen anpacken, deren Bereich in erster Linie beruflicher Art ist. Wir denken hier, abgesehen von den arbeitsrechtlichen Fragen, die in den rein sozialreformatorischen Teil hineingehören, vor allem rein daran, wieviele Schwierigkeiten sich heute allein aus der Zentralisation ergeben, und zwar aus der Zen-

Leistungsabbau oder Verwaltungsreform in der Sozialversicherung?

M. Die gesetzlichen Vorarbeiten des Reichsarbeitsministeriums für eine Reform der Sozialversicherung sind, wie von zuständigen Stellen berichtet wird, so weit zum Abschluß gekommen, daß in den nächsten Wochen mit der offiziellen Vorlage eines Gesetzentwurfs für die geplanten Kabinettsberatungen gerechnet werden kann. Ziel dieser Reform ist, durch geeignete Verwaltungsreformmaßnahmen und Beseitigung organischer Mängel die Sozialversicherung über die gegenwärtige wirtschaftliche Krise hinwegzubringen und ihre Leistungsfähigkeit trotz der erhöhten Ansprüche weitgehendst zu erhalten. Zwei Versicherungsorgane stehen dabei im Vordergrund des Interesses: die Sanierung der Invalidenversicherung und der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung. Daneben machen neuerliche Vorschläge über eine grundsätzliche Reform der Arbeitslosenversicherung in den letzten Wochen besonders von sich reden.

Die Arbeitnehmerschaft wird grundsätzlich jedem Vorschlag, der geeignet ist, eine bessere Ausgestaltung des jetzigen Sozialversicherungswesens zu bringen und positive Ergebnisse zu zeitigen, zustimmen. Sie muß es andererseits ablehnen, sogenannten „Reformmaßnahmen“ zuzustimmen, die, wie in den letzten Jahren wiederholt geschehen ist, lediglich auf einen weiteren Leistungsabbau der einzelnen Versicherungszweige hinauslaufen. Das trifft insbesondere auf die von ineffizienter Seite erneut gestellten Forderungen zur Invaliden- und Unfallversicherung zu. Während die Krankenversicherung durch den erheblichen Leistungsabbau auf Grund der Notverordnungen ihre Ausgaben erheblich einschränkt und ihren Haushalt — weitgehendst auf Kosten der Versicherten — in Ordnung bringen konnte, befindet sich die Invalidenversicherung und die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung in beträchtlichen finanziellen Schwierigkeiten. So wurde die Invalidenversicherung außerordentlich stark betroffen durch die Vermögensverluste, die sie infolge der Inflation erfahren hat, und durch die Belastung mit zahlreichen Fürsorgeleistungen und Leistungen zur Wahrung und Hebung der Volksgesundheit, die mit Recht von den Landesversicherungsanstalten als eine Sache der Allgemeinheit bezeichnet werden, für die die gesamten Steuerzahler des Reichs, der Länder und Gemeinden in der Mittelaufbringung herangezogen werden sollten. Eine weitere erhöhte Belastung der Invalidenversicherung ist eingetreten durch Zunahme der Renten infolge des veränderten Altersaufbaues der Bevölkerung und der vergrößerten Zahl der Rentenbezieher. Dagegen hat sich infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Zahl der Beitragspflichtigen erheblich verringert, wodurch ein starker Einnahmeausfall entstanden ist. Endlich aber wird die finanzielle Lage der Versicherungsanstalten schwer beeinträchtigt durch die erfolgten Zinsenkürzungen der letzten Jahre und die vor Jahren erzwungene Abnahme von 164 Millionen Rentenmark, Reichsschuldanweisungen, die erst im Jahre 1935 fällig werden. Die Landesversicherungsanstalten fordern mit Recht die Rückzahlung dieses Zwangskredits durch das Reich. Es geht nicht an, an Stelle dieser berechtigten Forderung eine weitere Sanierung auf dem Wege einer erneuten Rentenkürzung vorzunehmen. Ebenso berechtigt ist die Forderung nach einer stärkeren Heranziehung der Allgemeinheit in der Aufbringung der Mittel für die erwähnten Leistungen zugunsten der Volksgesundheit.

Ebenso wie die Invalidenversicherung befindet sich auch die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung in beträchtlichen Schwierigkeiten. Dieselben sind zum wesentlichen darauf zurückzuführen, daß infolge der Wirtschaftskrise zahlreiche Betriebe in der Aufbringung der Leistungen ausfallen, während auf der anderen Seite die Verwaltungskosten beträchtlich gestiegen sind. Die starke Belastung der Unfallversicherung durch die gegenwärtige unwirtschaftliche Verwaltung macht eine gründliche organisatorische Reform notwendig. Die Behauptungen der Genossenschaften, daß ihre Verwaltungskosten nur unwesentlich seien, erscheint wenig glaubhaft, wenn man die diesbezüglichen Mitteilungen des Arbeitsministeriums liest. Daselbst stellt fest, daß die Unfallversicherung die teuerste Sozialversicherung ist, in der u. a. Geschäftsführer noch Jahreseinkommen von 40000 Mark beziehen. Es sei darauf hingewiesen, daß auf Grund der gegenwärtigen Beitragsregelung die Arbeitnehmer nur indirekt an der Unfallversicherung beteiligt sind und in der Verwaltung her-

gegen noch kein Mitbestimmungsrecht haben. Grundlegend muß die berufsmäßige Verrichtung der Unfallversicherung ohne Zweifel als richtig anerkannt werden. Das schließt jedoch eine beträchtliche Verwaltungsvereinfachung ebenso wie die Einverleibung besonders kleiner Berufsgenossenschaften und die bezirkliche Zusammenlegung nicht aus. Jedenfalls muß die Arbeitnehmerschaft mit aller Entschiedenheit die Vorschläge der Genossenschaften, welche eine Verwaltungsreform ablehnen und statt dessen eine 20prozentige Rentenkürzung fordern, ablehnen. Ebenso muß sich die Arbeitnehmerschaft auf Fortfall des Rentenanspruchs bei Wegefällen wenden. Solange die Verwaltungskosten dieses Versicherungszweiges und sein organischer Aufbau insbesondere auch hinsichtlich der paritätischen Verwaltung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht vermindert ist, sind solche Forderungen undiskutabel.

In der Frage der Arbeitslosenversicherung hat in den letzten Wochen besonders der Vorschlag des Preisüberwachungskommissars Oberbürgermeister Dr. Goerdeler eine lebhafteste Diskussion bewirkt, nach dem zunächst die alte Forderung auf Zusammenlegung von Arbeitslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung wiederholt wird und weiter die Frage der Überführung der gesamten Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften aufgeworfen wird. Was die Zusammenlegung der drei Unterstützungsarten betrifft, haben hinsichtlich der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung die Arbeitnehmer bekanntlich schon seit längerer Zeit die gleiche Forderung gestellt. Durch den wesentlichen Abbau der Krisenunterstützung ist dieselbe ohnedies in zahlreichen Gemeinden so stark an die Wohlfahrtsunterstützung angenähert worden, daß kaum noch ein merklicher Unterschied besteht. Dabei muß von uns wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Krisenunterstützung in ihrer gegenwärtigen Form nicht haltbar ist. — Soll allerdings die beabsichtigte Zusammenlegung auf einen weiteren Leistungsabbau hinauslaufen, so muß die Arbeitnehmerschaft entschieden dagegen Front machen. Ein solcher ist völlig unmöglich, nachdem durch das Sinken der durchschnittlichen Unterstützungssätze von 81 auf 55 RM. im Monat schon jetzt das Einkommen der Betroffenen weit unter der bescheidensten Existenzmöglichkeit liegt. Eine Reform mit einem solchen Ziele würde ein Experiment bedeuten, das die Arbeitnehmerschaft unter keinen Umständen mitmachen kann. — Die Frage der Überführung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften wird von den Gewerkschaften verschiedentlich beurteilt. Während die sozialistischen Gewerkschaften auf Grund ihrer politischen und taktischen Einstellung sich überhaupt keine Mühe geben, den Plan in seinen Einzelheiten und Möglichkeiten zu behandeln, sondern ihn glatt ablehnen, werden ihm die christlichen Gewerkschaften ihre positive Stellungnahme und Kritik nicht versagen. Er entspricht, auf weite Sicht gesehen, grundsätzlich einer Einstellung zum berufsgenossenschaftlichen Aufbau der gesamten Sozialversicherung, wie er im Leitartikel Prof. Brauers in unserer heutigen Nummer herausgestellt wird. Notwendig ist dabei selbstverständlich, daß ebenso Herr Goerdeler selbst zu seinen Vorschlägen weitere Mitteilungen und konkrete Angaben macht, wie auch die Frage der Verwirklichung eines solchen Planes, die nicht von heute auf morgen möglich ist, zu gründlichen Überlegungen zwingt.

Insgesamt gesehen wird auch bei der gegenwärtig geplanten Reform der Sozialversicherung auf zweierlei hingewiesen werden müssen: Zum einen, daß sowohl in der Invaliden- als auch in der Arbeitslosenversicherung nach wie vor die Forderung der Einbeziehung der Allgemeinheit in der Mittelaufbringung bestehen bleibt, insbesondere auch, soweit es sich bei den letzteren darum handelt, die Unterstützungen der unteren Rentenklassen mit den Beiträgen in Einklang zu bringen, ohne daß eine Sonderbesteuerung der übrigen Versicherten erfolgt. Zum anderen, daß nicht eine schematische Zentralisation, wie sie von gewissen Seiten noch immer als Allheilmittel der Verwaltungsreform betrachtet wird, sondern ein organischer Aufbau in berufsgenossenschaftlichem Sinne das Ziel der Sozialreform bleiben muß.

tralisation sowohl des Klassenwesens selber als vor allen Dingen aus der Zentralisation der Gewerbe- und Produktionszweige. Die Hinführung zur Berufsgemeinschaft aber lenkt in diesem Falle von der Zentralisation ab. Das gilt auch für die gewerbliche Zentralisation. Notwendigerweise erwächst aus der berufsgemeinschaftlichen Zentralisation etwas, um das wir heute vergeblich ringen, nämlich eine Vermehrung der sogenannten kleineren Kreise

der Verantwortung. Berufsgemeinschaftliche Tätigkeit zwingt geradezu dazu, daß in den einzelnen Gewerbe- und Produktionszweigen eine Vermehrung und Häufung der Verantwortlichkeiten angestrebt wird. Daraus aber folgt zwangsläufig wiederum eine Vermehrung des gewerblichen Charakters überhaupt. Insofern würde die neue Art sozialpolitischer Betätigung von allgemeiner Bedeutung für die Wirtschaftsgestaltung überhaupt sein.

Millionenverluste der Arbeitnehmer bei Werksparkassen

Der Zusammenbruch großer Unternehmungen in den letzten Monaten hatte Millionenverluste an Sparkapital der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer zur Folge. Bei der Nordmollo A. G. z. B. sind neben den 700 000 RM. Spareinlagen auch noch rund 3,5 Millionen Werkpensionskassenvermögen vernichtet. In der Woche vor Weihnachten hatte die Firma Borgwerke G. m. b. H., Berlin-Tegel, die Zahlungen eingestellt. Arbeiter und Angestellte dieses Betriebes hängen noch mit einem Rest von über 1,5 Millionen RM. Spareinlagen. Der Fall Borg zeigt besonders deutlich, daß die von den Firmen gehaltenen Sicherungen für das anvertraute Sparvermögen ihrer Arbeitnehmer gänzlich unzureichend sind. Bei den meisten Werksparkassen handelt es sich ihrem ganzen Aufbau nach gar nicht um Einrichtungen zur Anlage des Geldes der Arbeitnehmer als Sparvermögen. Richtiger würde man von einem vom Arbeitslohn einbehaltenen Kredit der Arbeitnehmer an ihren Arbeitgeber sprechen. Eine eigentliche Deckung der Kredite im Sinne der Forderung von „Sparanlagen“ ist ja in der Regel doch nicht vorhanden. Einzig der Name der Firma oder der des Firmeninhabers persönlich bietet eine gewisse Sicherheit. Inwieweit also ist die Bezeichnung „Werk-, Sparkasse“ irreführend und müßte aufgehoben werden.

Der Staat selbst hat das größte Interesse daran, daß die Arbeitnehmer, die in Zeitengünstiger Konjunktur von Lohn und Gehalt einen Restposten zurücklegen, nicht ausgerechnet in dem Augenblick ihr kleines Sparguthaben verlieren, wo sie dieses am dringendsten gebrauchen. Nie wird Arbeitslosigkeit schwerer ertragen, wenn sie zeitlich auch noch zusammenfällt mit dem Verlust des bescheidenen Sparvermögens.

Will man schon den Betrieb von Werksparkassen nicht verbieten, soll doch wenigstens von Gesetzes wegen Vorsorge getroffen werden, daß die Werksparkassen nach ähnlichen Grundsätzen gesichert und verwaltet werden wie die Gelder öffentlicher Sparkassen. Diese Forderung ist umso mehr berechtigt, als erfahrungsgemäß der Werksparkassenparter nicht selten unter einem zwar unausgesprochenen, in der Praxis aber nichtdeklarierten stark wirkenden Zwang eben bei seiner Werksparkasse spart. Die Arbeitnehmer eines Betriebes müssen sich als sogenannte Regelsparer verpflichten. Die Arbeitnehmer gehen dem Werk gegenüber die schriftliche Verpflichtung ein, sich bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung einen bestimmten Betrag zur Gutschrift auf Werksparkassenkonto abziehen zu lassen. Mit einem gewissen Recht glauben diese Regelsparer annehmen zu dürfen, ihr Arbeitsplatz sei gesicherter als der der Nichtsparer. Tatsächlich kann ja die Werkleitung bei notwendigen personellen Veränderungen ohne weiteres in

erster Linie die ihr bekannten Nichtsparer kündigen. Dieses Bewußtsein wirkt als psychologischer Zwang, selbst bei bescheidensten Löhnen und Gehältern, von den Einrichtungen einer Werksparkasse Gebrauch zu machen. Es ist also durchaus nicht nur die um einen gewissen Hundertsatz höhere Verzinsung des Spargeldes, die die Arbeitnehmer solcher Betriebe bewegt, die risikoreichere Spargeldanlage in der Werksparkasse vorzunehmen. Weil aber die Arbeitnehmer faktisch unter einem so gearteten Sparzwang stehen, ist im Interesse der Sicherheit ihres Geldes die Forderung berechtigt, den Werksparkasseneinlagen im Falle des Konkurses des Unternehmens die gleichen Forderungsvorrechte im Sinne des § 61 Konkursordnung zuzubilligen, wie den terminmäßig fälligen Löhnen und Gehältern. Gegenüber dieser Forderung ist auch der Einwand belanglos, der Arbeitnehmer müsse sich seinem Betrieb in gewissem Sinne auch finanziell verpflichtet fühlen. Eine solche Verpflichtung hätte nur einen Sinn, wenn das Sporkapital eben nicht als solches, sondern als risikosuchendes Betriebskapital neben dem Verlustrisiko auch an allen Gewinnchancen des Unternehmens beteiligt wäre. Auch wäre Voraussetzung, daß das Arbeitnehmerkapital dieses Risiko freiwillig und nicht unter einem Zwang der geschäftlichen Art suchte. Slanggemäß müßte dann natürlich auch das so an Unternehmen beteiligte Arbeitnehmerkapital auf die Leitung und Entwicklung des Unternehmens im Rahmen der üblichen Gesellschaftsgrundzüge Einfluß haben. Aber dann wäre das Arbeitnehmerspargeld eben nicht mehr Sparkapital, für das ein Regelleistbetrag von Lohn und Gehalt im Betrieb angelegt wird.

Wie notwendig eine über die Sicherung gewöhnlicher Depoteinlagen oder Personalrabatte hinausgehende Sicherung der Werksparkassengelder ist, ergibt sich auch aus Vorgängen, die bei allen Werksparkasseninsolvenzen der letzten Zeit mit peinlicher Regelmäßigkeit wiederkehrten. Gemisse leitende Persönlichkeiten des Unternehmens, die eine etwa zu erwartende Zahlungsunfähigkeit des Betriebes früher erkennen als die Masse der Belegschaft, pflegen ihre Einlagen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Wenn dann später die Arbeiter und Angestellten des Betriebes ihre Werksparkassengelder abziehen möchten, finden sie geschlossene Schalter. Die Pleite ist ihnen zuvorgekommen. Auch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ein Unternehmen, welches sich vielleicht eben noch durch eine Konjunkturkrise durchhalten konnte, zusammenbricht, weil ihm von ein paar von der Lage des Betriebes unterrichteten Werksparkasseneinlegern in entscheidender Stunde größere Sparkasseneinlagen in einer Summe entzogen werden. Es sprechen also ganz schwerwiegende Gründe dafür, den Werksparkassensparvermögen die bevorrechtigte Stellung von Lohn- und Gehaltsforderungen im Sinne des § 61 Konkursordnung zuzubilligen.

Schließlich läßt die Art des beschriebenen Aufbaues und der gekennzeichneten Einrichtung der Sozialpolitik die Berücksichtigung einer Reihe von Fragen zu, zu denen wir heute kein rechtliches Verhältnis gewinnen können. Es sei hier z. B. nur gedacht an die Wohnungsfrage. Wohnen und Siedeln hängt in weitem Umfange davon ab, wie das Gewerbe als Ganzes aufgebaut und betrieben wird. Beide stehen also in engem Zusammenhang mit der beruflichen Eigenart überhaupt. Und was für sie gilt, gilt für eine Menge anderer Fragen in gleicher oder ähnlicher Weise. Es gilt insbesondere auch für jenes Problem, das vielleicht das bedeutendste ist, an das wir aber wegen der Vielfältigkeit der heutigen Schwierigkeiten und Zusammenhänge am wenigsten denken, nämlich für das Problem der Schaffung einer Laufbahn für den Arbeiter.

Dies ist in großen Abenteuern der Plan einer Umgestaltung des Gesamtwesens unserer heutigen Sozialpolitik. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß es sich hierbei nicht um Dinge handelt, die von heute auf morgen erledigt werden könnten. Der Schwierigkeiten gibt es eine ganze Reihe, und die Gesamtstimmung im Volke ist für eine solche positive Ueberlegung wenig vorbereitet. Auf der anderen Seite jedoch kann über das Fiasko großer Teile der bisherigen Art des sozialpolitischen Betriebes kein Zweifel abwalten. Wir müssen daher zu Neuem kommen.

Schrittmacher der Reaktion

Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, die Chemnitz, veranstaltete am 3. Februar in Plauen für seine vogtländischen Mitglieder eine Versammlung. Mehr als 200 Industrielle hatten sich eingefunden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Dr. Georg Hellmann, Chemnitz, referierte über das Thema: „Der Gegenwärtigkeitskampf des deutschen Arbeitgebers“.

Der Vortrag war eine einzige Anklage gegen Sozialrecht und Sozialversicherung. Seit dem Umsturz im Jahre 1918 sei das Unternehmertum das „Objekt endloser Reformierungen“ seitens des Staates gewesen. Die sozialrechtliche Gesetzgebung sei zum wesentlichen Teil ein „Reizwerk gegen Unternehmerrfunktion und Unternehmerrgeist“. Die Erstattung der arbeitsrechtlichen Beziehungen sei mit einer Hauptursache für die Unmöglichkeit, die Betriebe den Zeitverhältnissen entsprechend produktiv und politisch anzupassen. Nicht das Unternehmertum habe verfallen, sondern man habe im letzten Jahrzehnt nur zu viel aus der Wirtschaft herausgeholt. Gegenüber einem Sozialetat von 1,5 Milliarden in der Vorkriegszeit hätten wir jetzt einschließlich Wohlfahrtszwecke einen solchen von 7 Milliarden. Die Arbeitslosenversicherung sei umgestaltet in ein Fürsorgesystem mit Bedürftigkeitsprüfung in jedem Falle. Die Arbeitsrechtsverfassung müsse geändert werden. Der Referent ermahnte für seine Darlegungen lebhaften, langanhaltenden Beifall.

So, nun wissen wir es! Die Erstattung der arbeitsrechtlichen Beziehungen als da sind: Tarifverträge, Schlichtungswesen, Arbeitsgerichte und Betriebsrätemessen, hindern die Arbeitgeber daran, ihre Betriebe wieder produktiv zu gestalten. Die Sozialversicherung muß abgebaut und die Arbeitslosenversicherung in eine Fürsorge umgewandelt werden. Der Sozialetat aus der Vorkriegszeit ist das Ideal. Ob die deutsche Arbeiterbewegung dabei zugrunde geht, danach fragt man nicht. Ihre zum Teil zweifelhafte Lage soll ausgenutzt werden, endlich mit Arbeitsrecht und Sozialversicherung aufzuräumen. Man lehnt sich zurück nach der so bequemen Freiheit der Vorkriegszeit. Die Arbeiterbewegung tut gut daran, diesen Schrittmachern der Reaktion durch unermüdbare Arbeit am Ausbau der Gewerkschaften das Handwerk zu legen.

Zweiterlei Maß

Am 30. Januar 1932 sind zu dem Teil der Dritten Rotverordnung, der sich mit der Sozialversicherung befaßt, Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Diese Durchführungsbestimmungen sollen gewisse Härten, die sich aus der Rotverordnung ergeben haben, mildern.

Sowohl in der Angestelltenversicherung wie auch in der Invalidenversicherung hat die Rotverordnung bestimmt, daß beim Zusammenreffen mehrerer Renten aus einer oder beiden Versicherungen nur noch eine, und zwar

die höchste Rente gezahlt wird. Diese Bestimmung bedeutet besonders für weibliche Versicherte eine große Härte. Sehr viele dieser Versicherten haben nach ihrer Heirat die Versicherung durch Weiterzahlung von Beiträgen aufrecht erhalten, um im Alter besser gesichert zu sein. Durch den Wegfall von Doppelrenten in beiden Versicherungen sind alle diese Personen ihres erhöhten Altersalters verlustig gegangen.

Die neuen Durchführungsbestimmungen vom 30. Januar sehen vor, daß den verheirateten weiblichen Versicherten der Angestelltenversicherung die Beiträge nachträglich zurück erstattet werden können, wenn infolge Zusammenreffens ihres Ruhegeldes mit einer anderen Rente eine dieser Renten nicht gewährt wird. Somit ist hier eine Korrektur eingetreten, die den Angestellten wohl zu gönnen ist. Aber wir fragen: Wo bleibt die Rückzahlung der Beiträge in der Invalidenversicherung? Burden hier den weiterverheirateten Frauen durch die Rotverordnung nicht dieselben Rechte genommen wie in der Angestelltenversicherung? Warum nicht man hier in derselben Frage mit anderem Maß?

Wenn man nicht organisiert ist . . .

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Kölner Lokalanzeiger“ in seiner Nummer vom 19. 1. 1932 folgenden Bericht:

Ein Arbeiter klagte am Arbeitsgericht auf Zahlung von Tariflohn. Der Beklagte wachte ein, der Kläger gehöre keiner Organisation an, auch sei kein Tariflohn vereinbart und der bestehende Tarif sei nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß der Kläger unter diesen Umständen keinen Anspruch auf Tariflohn erheben könne. Es gehe doch nicht, daß das Gros der Arbeiter Beiträge zu einer Organisation zahle, die einen Tarifvertrag tätige und daß Unorganisierte sich diese Vorteile aneigneten, ohne dafür Opfer zu bringen.

Hierauf wurde die Klage zurückgezogen! Die Gewerkschaften haben den Ausführungen des Arbeitsgerichtsvorsitzenden nichts hinzuzufügen. Er hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Rügen die Unorganisierten daraus lernen.

Gewerkschaftlich geschlossene Haltung führt zum Ziele!

Aus einer vor uns liegenden Tageszeitung entnehmen wir nachstehende Notiz:

Der Streik der Zimmerleute bei dem Bau- und Schiffsbauwerk dauert ununterbrochen fort. Neue Verhandlungen zwischen den Zimmerleuten und der ausführenden Baukommission sind wiederum ergebnislos verlaufen. Beide Parteien konnten sich über die Differenz von 31 Pfg. je Stunde nicht einigen. Da die Firma aber keine anderen Zimmerleute bekommt, müssen neue Verhandlungen stattfinden.

Es ist, eine der üblichen Notizen, wie wir sie in letzter Zeit in allen Tageszeitungen vorfinden, wird so mancher unserer Leser fragen. Warum aber diese auch noch in unserer „Textarbeiters-Zeitung“ abdrucken? Das soll doch besser unterbleiben. Und dennoch enthält diese Notiz für die Arbeiterbewegung eine Lehre von größter Tragweite. Prüfen wir sie deshalb auf ihren tatsächlichen Inhalt.

Den Zimmerleuten sollte der Lohn gekürzt werden. Das Unternehmen glaubte sich stark genug, seinem Willen einfach vor sich aus Geltung zu verschaffen. Die Kalkulation war falsch. Die Belegschaft beantwortete in diesem Falle das selbstherrliche Vorgehen des Unternehmens mit geschlossener und disziplinierter Arbeitsniederlegung. Das aber hatte die Gegenseite nicht erwartet. Sie mußte verhandeln. Ihr Angebot war nicht befriedigend. Der Streik dauert ununterbrochen fort.

Es ist schon so: Das Unternehmertum blickt schon seit geraumer Zeit die Vereinbarkeit der Arbeiter gegen seine Anordnung als Kalkulationsfaktor. Es rechnet damit, daß die Arbeiterbewegung mangels der Kraft abbringt, sich gegen die wiederkehrenden Verschlechterungen energisch zur Wehr zu setzen. Das macht die Reaktionäre immer kühner und bestärkt sie in dem Wahne, der Arbeiterbewegung nachgerade alles bieten zu dürfen. Schuld an dieser kaum noch zu ertragenden Unternehmerrückbildung ist vorwiegend die Arbeiterbewegung selbst. Während das deutsche Unternehmertum keine Organisation immer stärker und stärker gestaltet, verfiel die Arbeiterbewegung in den unglücklichen Fehler, ihre Organisationen zu schwächen. Ein großer Prozentsatz fiel auf die Unkenntnis der gewerkschaftsfeindlichen Kreise herein und glaubte an die soziale Wohlfahrtsfähigkeit der Unternehmer. Andere erhofften mit weniger Opfern ihr Ziel zu erreichen und wandten sich den radikalen Schaumschlägern zu, die im Beisein der Gewerkschaften und deren Führer nicht zu überwinden sind. Preiswertes Arbeiten im Interesse der Arbeiterbewegung liegt diesen Kreisen aber fern. Tatsächlich, die Verbesserung der Lage der Arbeiterbewegung herbeigeführt haben, haben sie nicht aufzuweisen. Wohl aber werden die betörten und irreführten Arbeitermassen für politische Ziele mißbraucht. Diese Wandlung und Umstellung der Arbeiterbewegung hatten die Unternehmerrückbildung bald erkannt und gingen dementsprechend gegen die Arbeiterbewegung vor. Bei uns gesehen datiert nämlich der rückwärtslose Kampf des Unternehmertums gegen die wirtschaftlichen und sozialen Belange von der Zeit an, als die Arbeiterbewegung begann, ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu schwächen. Ziele der betörten Arbeiter sind lauter als der Erkenntnis gekommen, daß mit hohen Phrasen und leeren Demonstrationen die Arbeiterbewegung von ihrem Wert geblendet wird. Statt aber die reibende Folgerung aus der gewonnenen Erkenntnis zu ziehen, setzen sie zermürbt abwärts und glauben an die Unüberwindlichkeit des Unternehmertums. Das dem

nicht so ist, beweist die obige Notiz. Mit der gewerkschaftlich geschlossenen Arbeiterbewegung haben die Unternehmer seit Bestehen der gewerkschaftlichen Organisationen rechnen müssen. Dem ist auch heute noch so.

Aber noch etwas anderes befaßt die Notiz. Im Lapidarstil beweist sie der Arbeiterbewegung die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Treffender, wie dies mit einem in der Notiz enthaltenen Satz geschieht, kann dies kaum bewiesen werden. Der letzte Satz lautet: „Da die Firma keine anderen Zimmerleute bekommt, müssen neue Verhandlungen stattfinden.“ — Das Unternehmen hand hier einer gewerkschaftlich geschlossenen Arbeiterbewegung gegenüber. Hinter dieser aber stand eine ebenso gewerkschaftlich disziplinierte Arbeiterbewegung, die sich nicht bereit erklärte, ihren im Kampfe um einen vernünftigen Lohn stehenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Das Unternehmen war gezwungen, seine einseitige Forderung fallen zu lassen, um mit seiner Arbeiterbewegung zu Rande zu kommen. Gätten in allen Fällen die Arbeiter gegenüber der einseitigen Herabsetzung der Löhne, besonders der Akkordlöhne, durch die Unternehmer etwas mehr Rücksicht zeigen können, dann wären die Löhne zum mindesten noch nicht so angefallen, wo sie heute stehen. Die deutsche unorganisierte Arbeiterbewegung, mit diesen die Trautzähler, die die Arbeiter für ihre politischen Zwecke mißbrauchen, haben in den letzten Jahren eine unverantwortliche Schuld auf sich geladen. Möchte doch recht bald die Arbeiterbewegung allermählich, besonders aber die christlich geführte Arbeiterbewegung, zu der Erkenntnis kommen, daß ihr Platz in der gewerkschaftlichen, und zwar in der christlichen Organisation kein muß. Nur dann wird sie auch — und zwar besonders in Krisenzeiten — ihre Arbeiterbewegung verfechten und angemessene Löhne halten können. J. M.

Zur englischen Geldentwertung

Die Entwertung des englischen Pfundes zeigt im nationalen wie im internationalen Wirtschaftsleben Englands bemerkenswerte Auswirkungen. Bemerkenswert, da sie von den Erfahrungen aus den Inflationen anderer Länder in erheblichem Maße abweicht. Die natürlichen Folgen einer Geldentwertung sind steigende Preise und Löhne und, da bares Geld in einer solchen Zeit einen sehr zweifelhaften Wert darstellt, Flucht in die Sachwerte. Wie sich eine solche Geldentwertung auf das Wirtschaftsleben auswirkt, haben wir in Deutschland zur Genüge erfahren.

In England nahmen die Dinge einen grundsätzlich anderen Verlauf. Die Preise des Großhandels ebenso wie des Kleinhandels zeigen nur die saisonmäßigen Steigerungen — in vielen Fällen jedoch ein stetes Absinken. Das Jahr 1931 brachte für England die bedeutendsten Lohnabbaue seit dem Jahre 1922, in dem die durch die Rada-Kriegsverhältnisse überhöhten Löhne in der ganzen Wirtschaft reduziert wurden. Trotz des Abbaues der Löhne und trotz der Entwertung des Pfundes ist der Reallohn der Arbeiter gestiegen, da die Lebenshaltungskosten in stärkerem Maße als die Löhne fielen. Wir stehen somit in England vor der Tatsache, daß, trotzdem die Währung im internationalen Handel ungefähr 30 Prozent an Wert verloren hat, die Kaufkraft des Pfundes im Inlande voll erhalten blieb. Ungeachtet der höheren Preise für Importgüter (der allergrößte Teil der Rohstoffe und Nahrungsmittel muß von England eingeführt werden), die von den Engländern auf den Weltmärkten gezahlt werden müssen, fallen die Preise für dieselben Güter im Inlande. Jämmerlich dieses zutrifft, und welche Ursachen diese Auswirkungen haben, soll nachfolgend kurz dargestellt werden.

Der Wert des englischen Pfundes, der normalerweise 4,86 Dollar (20,42 Mk.) beträgt, war am

29. September 1931:	3,80	Dollar
20. Oktober 1931:	3,91	"
24. November 1931:	3,65	"
1. Dezember 1931:	3,32	"
6. Januar 1932:	3,25	"
29. Januar 1932:	3,45	"

Das Pfund stand demnach in den letzten Monaten auf ungefähr 30 Prozent unter pari.

Die Großhandelspreise nahmen folgende Entwicklung:

Der Durchschnitt des Jahres 1930 = 100.			
	1924	1930	1931
Januar bis März	138,9	106,9	89,0
April bis Juni	137,1	102,1	87,5
Juli bis September	138,1	98,3	94,0
Oktober bis Dezember	142,4	93,1	88,3
Jahresdurchschnitt	139,1	100,0	87,1

Die Lebenshaltungskosten zeigten folgende Entwicklung (Juli 1914 = 100):

	1921	1930	1931
Januar	265	166	153
April	233	157	147
Juli	218	155	147
August	222	157	145
September	220	157	145
Oktober	216	156	146
November	203	157	146
Dezember	199	155	148

Die Indexziffern für Nahrungsmittel allein sind: Oktober 141, November 130, Dezember 132 und Januar 138 (1914 = 100).

An diesen Beispielen ist zu sehen, daß von Inflationserscheinungen im inneren Wirtschaftsleben Englands nicht die Rede sein kann. Selbst die Arbeit gewonnen an Kaufkraft, da, im allgemeinen gesprochen, die Löhne nicht den Preisen folgten. Gegenüber den Lebenshaltungskosten, die auf 148 Prozent des Standes von 1914 stehen, bewegen sich die Löhne auf einem Schätzungsmaße 5 bis 30 Prozent höheren Durchschnitt (gegenüber 1914) als die Preise.

Nach wie vor hat das englische Pfund das volle Vertrauen der englischen Bevölkerung, und bis zum heutigen Tage ist für Befürchtungen, die dieses Vertrauen stören könnten, wenig Grundlage vorhanden. Zurückzuführen ist diese Entwicklung zunächst auf das Abgehen vom Goldstandard von 24 anderen nationalen Währungen. Hierdurch wurde die Kaufkraft des Pfundes in diesen Ländern auf der alten Höhe gehalten. Ein weiterer Grund sind die außergewöhnlich großen Lagerbestände, die nach Zeitungsnachrichten selbst nach vier Monaten noch nicht aufgebraucht sind. Wohl einer der schwerwiegendsten Gründe für die Stabilität der Preise ist die Kürzung der Handlungsspanne. Von 1929 bis zum Beginn 1931 waren die wesentlichsten Weltmarktpreise um 35—60 Prozent gefallen. Die Indexziffern für Großhandelspreise zeigen von 1928 bis zum August 1931 einen Fall von 35 Prozent; die Kleinhandelspreise fielen in demselben Zeitraum jedoch nur um 15%. Produzentenpreise waren oft weit unter dem Stande von 1913/14, während die Lebenshaltungskosten dieser Bewegung nur in weitem Abstände folgten. Die überhöhten Preisspannen im Handel geben unter den heutigen Verhältnissen genug Raum, die alten Kleinhandelspreise selbst bei höheren Einkaufspreisen aufrecht zu erhalten.

Wie lange diese für England günstige Entwicklung der Geldentwertung anhalten wird, kann noch nicht abgesehen werden. Bank- und Versicherungsgewerbe leiden naturgemäß unter der Unsicherheit des Pfundes und drängen auf eine Regelung der Währungsverhältnisse. Für viele andere Industrien brachte die Entwertung eine Belebung der Geschäftslage, da die englischen Preise in Ländern mit Goldwährung verhältnismäßig niedrig sind, die Waren aus diesen Ländern in England jedoch bedeutend teurer wurden. Ein allgemeines Sinken der Arbeitslosigkeit ist eine weitere Folge, so daß man in England das Abgehen vom Goldstandard in weiten Kreisen als ein legendäres Ereignis ansieht. Zweifelslos ist der Fall des Pfundes, auf lange Sicht gesehen, ein Nachteil für England, wenn er auch am 21. September 1931 unter den gegebenen Verhältnissen das „kleinere Uebel“ darstellte. Ueber kurz oder lang wird man das Pfund wohl stabilisieren müssen, auf welcher Basis, ist eine andere Frage.

Zwei Aufgaben der Jugendführung

Die heutige Zeit mit ihren sich türmenden wirtschaftlichen und politischen Nöten umbracket eine Jugend, in der alles flieht. Der junge Mensch, der doch mit Stütze seiner Familie sein muß, findet keinen Arbeitsplatz, keine Gelegenheit zu nützlicher Betätigung. Sein Leben wird ihm dadurch inhaltlos und wertlos. Hunger, Not und Sorge machen ihm nicht selten seine Heimstätte zur Hölle. Dem Elend zu Hause entfliehend, wird ihm die Straße zum Aufenthaltsort. Radikale Elemente versuchen die so haltlos gewordenen jungen Menschen für ihre Zwecke zu gewinnen. Daß diese Bemühungen oft von Erfolg gekrönt sind, ist leicht verständlich. Den verlockenden Phrasen und Schlagworten vom Sozialismus und drittem Reich schenkt der junge Mensch gern ein willig Ohr. Er tut es aus dem Bestreben heraus, seine innere Gedrücktheit, sein eigenes und das Elend seiner Angehörigen zu überwinden. Für die noch in Arbeit befindlichen jungen Menschen besteht die Gefahr, im Laufe der Zeit in das selbe Fahrwasser zu geraten. Eine Generation wächst heran, die zu jeder aufbauenden Tätigkeit in Staat und Wirtschaft untüchtig ist.

So vollzieht sich also an unserer Jugend eine furchtbare Tragik. Schmerzvoll und mit tiefem Mitleid erfüllt sieht der Jugendführer diese Zustände. Mehr denn je steht er vor gewaltigen Aufgaben, um dieser Schwermüden, sehnlichstgroßen Jugend Führer und Erfüller zu werden. Will er das, so erwacht ihm die Pflicht, die Not der Jugend als eigene Not zu empfinden, sich klar zu werden über das Ringen der jungen erwerbslosen Menschen mit den Sozialmächten, über ihr Suchen nach einem Halt, nach einem Auswege aus den Schwierigkeiten, die sie bedrängen.

Er muß darüber hinaus der Jugend Berater und Helfer sein. Unsere erwerbslose Jugend muß belehrt werden über die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Ursachen, die der Wirtschaftskrise zu Grunde liegen. Sie muß erkennen, daß mit einem Regierungsturz oder einer Systemänderung diese Ursachen nicht zu beheben sind, daß es vielmehr, ganz gleich wer das Staatsruder in Händen hat, einer mühseligen, allmählichen Aufbauarbeit bedarf, um unser deutsches Volk aus den gegenwärtigen Notverhältnissen herauszuführen. Des weiteren gilt es, in der erwerbslosen Jugend den Lebens- und Gestaltungswillen, den Willen, allen Schwierigkeiten zum Trotz ihres Schicksals Herr zu werden, zu erhalten. Auch die Hoffnung auf den Wiederaufstieg unseres Volkes und Standes zu Licht und Freiheit darf in ihr nicht vollends verschwinden. Wir müssen insbesondere auch das Wollen und die Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung zur Überwindung all der Auswüchse des privatrechtlichen Systems und zur Schaffung einer auch dem Arbeiterstand gerecht werdenden neuen sinnvollen Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft klar herausstellen.

Will der Jugendführer diese Aufgaben erfüllen, dann muß er selbst ringen um die notwendigen Kenntnisse und Erkenntnisse in diesen Dingen. Dann muß er ferner dauernde Fühlung halten auch mit der erwerbslosen Jugend, muß diese zu den Gruppenabenden hinzuziehen, muß dafür sorgen, daß sie mit der Gruppe verbunden bleibt und sich in ihr wenigstens daheim und geborgen fühlt. Es zeigt sich immer wieder, daß jene erwerbslosen jungen Menschen, die einer sie verstehenden und sie trotz ihrer Erwerbslosigkeit nach wie vor als gleichwertiges Mitglied achtenden Gemeinschaft angehören, den in der Erwerbslosigkeit liegenden Gefahren ganz anders zu tragen vermögen.

Das ist die eine Aufgabe. Daneben ist ein zweites erforderlich. Angesichts der radikalen Strömungen von rechts und links ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir aus unserer Passivität erwachen. Wir müssen aktiver werden. Die heutigen Betriebsversammlungen sind von dem Geist radikaler Strömungen getragen. Demgegenüber müssen wir uns als christliche Gewerkschaftler mehr denn je auf dem Kampfplatz behaupten. Wenn wir Menschen aus dem Arbeitsverhältnis nicht klar und deutlich den Angriffen und der Phrasologie von rechts und links entgegentreten und unsere Ideen vorantragen, werden wir ganz bestimmt von der Bildfläche des Schachens verschwinden. Gerade wir haben doch auf Grund unserer Erfolge das Recht, aber auch die Pflicht, für unsere Bewegung einzutreten. Wollen wir, daß unsere Bewegung lebt, dann müssen wir zeigen, daß auch wir leben. Dann müssen wir den radikalen Schreibern an richtiger Stelle entgegentreten. Diese Stelle ist der Betrieb, sind die Betriebsversammlungen. Da liegt heute der Schwerpunkt, da liegt unser Betätigungsfeld. Soll sich unsere Jugendbewegung zum Segen für unsere Gesamtbewegung auswirken, dann ist es notwendig, daß wir diese Gedanken in unserer Jugendbewegung durchdringen lassen. Wir gehen davon aus, daß Bildung, der Erwerb der erforderlichen Kenntnisse Voraussetzung jeder Betätigung sind. Das ist an sich richtig. Es ist durchaus zu begrüßen, daß die Bildungsarbeit gute Fortschritte macht. Sie allein aber genügt nicht. Zweck unserer Jugendbewegung ist doch, Menschen heranzubilden, die nicht nur über Wissen verfügen, sondern auch den Mut haben, im öffentlichen Leben ihren Mann zu stellen. Vergessen wir das nicht. Sorgen wir dafür, daß unsere Jugend auch ihr Wissen im Kampf verwertet, daß sie Initiative entwickelt und den Mut aufbringt, auf den Betriebsversammlungen, überhaupt überall dort, wo es notwendig ist, klar und deutlich ihre Meinung zu sagen und sich für unsere Bewegung einzusetzen. Geschieht das, dann wird unsere Bewegung auch der gegenwärtigen Schwierigkeiten Herr werden.

J. B.

Die Christliche Arbeiterhilfe in Sachsen

In Notzeiten wie der augenblicklichen erwacht auch der christlichen Arbeiterschaft die Aufgabe, nollindernd zu wirken. Auch wir als christlich organisierte Arbeiter können uns dieser Aufgabe nicht entziehen. Nicht als ob die Gewerkschaften sich nun zu Wohlfahrtsvereinen zu entwickeln hätten. Dazu sind sie im Grunde genommen nicht da. Aber ihre Kräfte werden aktiv und lebendig in der Wohlfahrtsorganisation der christlichen Arbeiterschaft, der Christlichen Arbeiterhilfe. Das ist gut so und zeigt uns, wie wertvoll und lebensnotwendig die Gewerkschaften auch heute für uns sind. Durch eigene selbstbemühte Wohlfahrtsarbeit suchen sie zu verhindern, daß die Arbeiterschaft wieder zum Wohlfahrtsobjekt bestehender Stände herabsinkt.

Die Christliche Arbeiterhilfe hat uns auch im Freistaat Sachsen, dem Diasporagebiet für christliche Lebensaufbau und christlichen Lebens- und Gestaltungswillen, wertvolle Dienste geleistet. Hier wirken sich infolge dichter Besiedlung und starker Industrialisierung schlechte wirtschaftliche Verhältnisse besonders kräftig aus. Der Christlichen Arbeiterhilfe eröffnet sich infolgedessen ein überaus reiches Betätigungsfeld. Einiges aus ihrer Tätigkeit sei hier angeführt.

Die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen liegt uns besonders am Herzen. Anfang 1931 konnten wir für 45 erwerbslose Jugendliche eine vierzehntägige Heimgemeinschaft durchführen. Ausgeführt wurde diese mit Borträgen gewerkschaftlicher, sozialer und kulturpolitischer Art. Beschäftigungen und Wanderungen, Spiele und einmaliger Besuch des Theaters sorgten für Abwechslung. Verabreicht wurde ein kräftiges Mittagessen, sowie am Nachmittag Kaffee mit Semmeln. Eigene Mittel der Christlichen Arbeiterhilfe und Zuschüsse des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums sowie des Landesauschusses Sachsen der Jugendverbände ermöglichten diese Heimgemeinschaft. Der Bühnenvolksbund nermittelte den kostenlosen Theaterbesuch.

In Dresden und Leipzig konnten die christlichen Gewerkschaften unter Mithilfe der Christlichen Arbeiterhilfe Aufenthaltsräume einrichten, in denen die Zeitungen und Zeitschriften unserer Berufsverbände ausliegen.

Ueber die Landesversicherungsanstalt Sachsen bot sich uns die Möglichkeit, eine ganze Reihe erholungsbedürftiger Kinder unserer Kolleginnen und Kollegen in Erholung zu schicken. Zwei Drittel der gesamten Kosten trug die Landesversicherungsanstalt, das restliche Drittel trugen teils die Eltern, teils die Ortsauschüsse der Christlichen Arbeiterhilfe. Erholungsbedürftigen Kolleginnen und Frauen von Kollegen verschafften wir eine dreiwöchige Erholungskur aus dem Erlös verkaufter Wohlfahrtsbriefmarken.

Breitesten Raum nahm die Familienhilfe in unserer Arbeit ein. U. a. wurde eine uns vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium aus dem Hindenburg- und Reichshausfonds übermittelte größere Summe an die ärmsten Familien verteilt. Auch Lebensmittel und Kleidungsstücke, von unseren Ortsauschüssen aufgebracht und den Familien ausgehändigt, wirkten nollindernd.

In Dresden und Leipzig richteten wir Klubs ein, in denen alte Sachen wieder gebrauchsfähig gemacht wurden. In vielen anderen Ortsauschüssen wurden solche Sachen in Familien ausgebeffert. Die Klubs haben weiter den guten Zweck, daß sich junge Kolleginnen die notwendige Fertigkeit im Schneider- und Nähen aneignen können.

In Kamenz konnten wir vom Ortsauschuss der Christlichen Arbeiterhilfe eine Volksküche aufmachen, die täglich für 120 Leute gutes, kräftiges Mittagessen verabreicht. Das ist einiges aus unserer materiellen Hilfeleistung. Darüber hinaus stellen wir jetzt in Sachsen eine große Anzahl Vormundschäften und Schutzaufsichten für gefährdete Jugendliche sowie einige Jugendgerichtsschöffen. In der nachbarlichen Hilfe haben sich eine ganze Reihe noch in Arbeit stehende Familienvorstände bereit erklärt, ein paar mal in der Woche Kindern arbeitsloser Kollegen ein kräftiges Mittagessen zu verabreichen.

Vorbereitet und weiter ausgebaut wurde diese Wohlfahrtsarbeit in Kurten, die in Chemnitz und Leipzig stattfinden.

In einigen Ortsauschüssen konnte auch unser Verbandfilm „Am laufenden Bestuhl“, den unsere Zentrale zur Verfügung gestellt hatte, aufgeführt werden. Der Kleinvertrieb kam den jeweiligen Ortsauschüssen zugute, gleichzeitig haben wir damit eine gute agitatorische Wirkung erzielt. Die Mittel für unsere diesjährige Arbeit schaffen wir uns durch die allgemein bewilligten Straßen- und Hausausstellungen sowie durch den Verkauf von Wohlfahrtsbriefmarken. In Aussicht genommen haben wir eine Wohlfahrtslotterie. Deren Bewilligung durch das sächsische Innenministerium steht allerdings noch aus.

Die Arbeit war nicht immer leicht, aber sie machte uns Freude, weil wir durch sie den Ärmsten unserer großen Gewerkschaftsfamilie helfen konnten.

A. F.

Eine Warnung für die Erwerbslosen.

Seit einiger Zeit geht von Pflanzenhändlern eine umfangreiche Werbung aus für Seidenraupenzucht in Deutschland. Es werden übertriebene Hoffnungen erweckt, die niemals erfüllt werden können. Die Pflanzenhändler vertreten lediglich ihre eigenen Interessen, sie wollen nämlich eine möglichst große Menge von Maulbeerpflanzen absetzen, die zur Fütterung der Seidenraupen dienen. Diese Kreise werden mit Versprechungen hinsichtlich der Rentabilität, die der Seidenbau nicht halten kann. Ebenso werden die zu erzielenden Preise für die Kokons viel zu hoch angegeben, wie sie unter heutigen Verhältnissen nie erzielt werden können. Es wird auch versprochen, daß der Seidenbau nicht sofort eine stehende Einnahmequelle schaffen kann. Bereits tausende von Erwerbslosen haben ihr Geld nutzlos geopfert in der Hoffnung, sich eine bescheidene Existenz erneut schaffen zu können. Der Reichsverband für deutschen Seidenbau in Sindelfingen (Württemberg) hat deshalb eine öffentliche Warnung erlassen und wird gegen die gewissenslosen Ausbeuter der Erwerbslosen mit allen Mitteln vorgehen.

1) Board of Trade Journal.
2) Ministry of Labour Gazette.

Massenkundgebung der christlichen Bergarbeiter in Essen

Nachdem bereits am 10. Januar in Essen eine große Vertrauensmännerkundgebung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands stattgefunden hatte, hatten sich am 7. Februar zu einer zweiten Kundgebung mehr als 2500 Vertrauensleute aus dem Ruhrgebiet in der Lichtburg in Essen versammelt.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Imbusch, zeigte in einem 1 1/2stündigen Vortrage Wege und Ziele zum Neuaufbau in Staat und Wirtschaft. Die Rede Imbuschs war nicht nur eine Abrechnung mit übelwollenden Gegnern, sie wurde zu einer wohlangebrachten Begründung seiner Forderung, den Bergbau in den Besitz der Volksgemeinschaft zu übertragen. Er begründete eingehend die Notwendigkeit dieser Forderung und wies darauf hin, daß die Bodenschätze der Heimat gehören. Die Bergbauunternehmer hätten die Pflicht, die Bodenschätze im Interesse der Gesamtheit auszubeuten. Das sei aber in den letzten Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Durch die überstürzte Technisierung und Rationalisierung hätten die Unternehmer das Interesse der Volksgemeinschaft in schmerzlicher Weise geschädigt. An einzelnen Beispielen wies der Redner die Mißwirtschaft in der Schwerindustrie, besonders im Bergbau, nach und begründete die Überführung des Bergbaues in den Besitz der Allgemeinheit mit durchschlagenden Argumenten. Er widerlegte den Vorwurf, als ob er Gegner des Privateigentums oder „zu den Sozialdemokraten übergegangen“ sei. Die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues stehe durchaus im Einklang mit der Reichsverfassung, das er im einzelnen nachwies. Zum Schluß wies der Kollege Imbusch darauf hin, daß in diesem großen Kampfe alle zusammenstehen müßten um Deutschlands Zukunft nach außen. Die Unternehmer der Schwerindustrie seien eine Gefahr für die Volksgemeinschaft. Sie seien ein Staat im Staate und nehmen keine Rücksicht auf die Allgemeinheit. Deshalb müsse dieser Kampf aus dem Fleische des deutschen Volkes herausgezogen werden, den ein rücksichtsloses Unternehmertum des Bergbaues bei der Schwerindustrie bildet.

Die Rede Imbuschs wurde mit stürmischem Beifall begleitet. Die Massenkundgebung schloß in einer Entschlieung aus, welche die Forderungen Imbuschs zusammenfassend niederlegte.

Berichte aus den Ortsgruppen

Dillmen. Am 21. Januar hatte die männliche Jugendgruppe der Ortsgruppe Dillmen ihre Generalversammlung. Als erster Punkt wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Nach Genehmigung desselben gab der 1. Vorsitzende Anton König den Jahresbericht. Nach Verlesung des letzten Jugendbriefes folgte die Vorstandswahl. Der Kollege Anton König wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt. Kollege König hat die Wahl bankend angenommen und forderte alle Kollegen auf für den Verband und die Gruppe weiter tätig zu sein. Als zweiter Schriftführer die Kollegen Demes und Strötmann gewählt. Der gesamte Vorstand gab den Treuehaur: „daß sie die Jugendgruppe nach den Grundfäden des Christentums weiter leiten und aufbauen wollten“.

Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die jungen Kollegen, trotz der Schwere der Zeit dem Verbands die Treue zu wahren. Mit dieser Mahnung wurde die Versammlung geschlossen.

Fredenhorst. Der 10. Januar war ein Festtag für die Ortsgruppe Fredenhorst; galt es doch, das 25jährige Bestehen derselben zu feiern. Nachmittags 3.30 Uhr fand eine Festversammlung im Saale der Frau Wm. Heuer statt. Über 300 Personen waren erschienen, als das Fredenhorster Orchester die Feier durch ein Musikstück eröffnete. Der Vorsitzende H. Schmidt gab der Feier durch freundliche Begrüßungsworte den bestimmenden Grundton. Er konnte folgende Ehrengäste begrüßen: Bezirksleiter Hecke und den Geschäftsführer H. Rehrmann, Minister, den Geschäftsführer Fritz Gehring, Nieder-Jöllenberg, Bürgermeister Horch, Gemeindevorsteher Jurnieden sowie die erschienenen Kollegen und Kolleginnen aus Warendorf und Saffert. Einem gut vorbereiteten Prolog übertrug Herr Bürgermeister Horch die Glückwünsche der Gemeinde. Dann übernahm Bezirksleiter Schmidt das Wort zur Festrede, in der er die Grundfäden der christlichen Gewerkschaftsbewegung darlegte. Er übertrug auch die Glückwünsche des Zentralvorstandes und des durch Alter am Erscheinen verhinderten Kampfen im Münsterlande, Kollegen G. Kamp. Strauß wurde am Schluß des Vortrages in das Hoch auf das Christentum und die christliche Gewerkschaftsbewegung eingestimmt. H. Schmidt dankte dem Redner für seine Ausführungen und verlas das Glückwunschtelegramm des Zentralvorstandes. Während sich auf dem aufsteigenden Kaffe und Kuchen gütlich tat, überbrachte Vikar Kerßen als Vertreter der Kirchengemeinde die besten Glückwünsche. Er begrüßte es besonders, daß der Redner in seinem Vortrage den Mitgliedern nahelegte, auch Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine zu werden. Ein prächtiger Rosenkranz leitete zur Ehrung der Jubilare über. Geschäftsführer Rehrmann hat die Verdienste der Jubilare geteilt und bat sie, der Jugend den richtigen Weg zu zeigen. Dann überreichte er ihnen ein schönes Diplom und die silberne Verbandsnadel. Die Namen der 11 Jubilare sind: Raipar Lappe, Anton Lappe, Bernhard Lappe, Heinz Jwohl, Theodor Weidach, Konrad Bode, Heinz Arens, Fritz Schumann, Josef Arens, Bernhard Hedemann und Herr Joppenberg. Donnerabend fand das Hoch auf die Jubilare durch den Saal. Die Kolleginnen A. Schulte und A. Lauer eckten die Jubilare in einem schönen Gedicht. Der Jubilarsingen wurde von den Mitgliedern der weiblichen Jugendgruppe Warendorf angeführt. Ein Bebergen zeigte symbolisch den Lebensweg. Kollege Heinz Schmidt trug das Gedicht: „Schaufter im Lande“ vor. Im Verlauf des Feiern ergriff auch Kollege Gehring das Wort. Er mahnte die Mitglieder, an den drei Grundfäden der christlichen Gewerkschaftsbewegung: christlich, national und sozial festzuhalten. Abends 8 Uhr fanden sich alle Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer feierlichen Familienfeier wieder ein, um im Kreise Gleichgesinnter einige frohe Stunden zu erleben. Die Feier wird einen Ehrenplatz in der Geschichte der Ortsgruppe Fredenhorst einnehmen und allen, die daran teilnahmen, unvergessen bleiben.

Friedland, Bez. Breslau. Am 30. Januar hielt unsere Ortsgruppe im Leberischen Saalhaus ihre diesjährige Generalversammlung, die sich eines besonders guten Besuchs erfreute. In seinem ausführlichen Jahresbericht schilderte der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Robert Thier, die wichtigsten Ereignisse des Jahresrückblickes 1931, das besonders der Arbeiterschaft schweres Opfer auferlegte. Der Ortsgruppenvorsitzende wies darauf hin, daß die Arbeiter sich nicht ohne Widerstand der Bergbauunternehmer vor einer vollständigen Familienfeier wieder ein, um im Kreise Gleichgesinnter einige frohe Stunden zu erleben. Die Feier wird einen Ehrenplatz in der Geschichte der Ortsgruppe Fredenhorst einnehmen und allen, die daran teilnahmen, unvergessen bleiben.

dieses Amt mit dem Amt des Ortsgruppenvorsitzenden seit einem Jahr verwaltet. Schließlich wurden Kollege Krause als Kassierer und der 2. Vorsitzende, Kollege Böikel, als Schriftführer einstimmig gewählt. Die Vertrauensleute bleiben sämtlich im Amt. Der anwesende Geschäftsführer, Kollege Krieger, Landeshut, verbreitete sich nun in einständigen Ausführungen über: „Die letzte Notverordnung“ und über die im Dezember d. J. in der schließlichen Textilindustrie geführten Lohnverhandlungen, die mit dem Schiedspruch des Schlichters, der eine 15prozentige Lohnsenkung brachte, endeten. Mit einem warmen Appell an die gewerkschaftliche Treue und Mitarbeit aller Mitglieder schloß Kollege Krieger seine Ausführungen. Wegen der vorgerückten Zeit mußte eine Aussprache, die mit Rücksicht auf die Preisgestaltung in unserer Stadt, welche in keinem Verhältnis zur ab 1. Januar eingetretenen Lohnsenkung steht, notwendig gewesen wäre, unterbleiben. Mit herzlichem Dankesworten und der Aufforderung, die nächsten Sitzungen der Generalversammlung zu beherzigen und in die Tat umzusetzen, schloß diese der Ortsgruppenvorsitzende.

Jöllenberg. Am Sonntag, dem 17. Januar 1932, nachmittags 4.30 Uhr fand im Saale des Herrn Kropohl unsere diesjährige Generalversammlung statt. Sie wurde vom Vorsitzenden Kollegen August Antrup eröffnet, der die Erschienenen herzlich willkommen hieß. Nachdem die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen und genehmigt worden, gab Kollege Antrup dann den Geschäftsbericht. Der Ortsgruppe gehörten am Jahresende 621 Mitglieder an. Zwei Kollegen und drei Kolleginnen sind im vergangenen Jahre gestorben, zu deren Ehrung sich die Versammelten von den Sigen erhoben. In Versammlungen usw. hat ein reger Betrieb geherrscht. Lohnpolitik haben wir leider ungefähr einer 10prozentigen Kürzung gegolten; außerdem die enormen Akkordkürzungen bei Einführung anderer Artikel usw. Kollege Wellig gab den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind auf die Kasse war geprüft, und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Beim Punkt Wahlen wurden die Kollegen Wihl, Siekmann, Gust. Gehring, Heinz Wöhrmann, Heinz Kirchhoff, Willi Hinkel und die Kollegin Auguste Steinick einstimmig wiedergewählt. Ebenso die Kassiererin und Kartelldelegierten. Dann sprach Kollege Fritz Gehring allen Mitarbeitern seinen herzlichsten Dank für die Arbeit im verflorenen Jahre aus. Nach einem Rückblick auf die verflorenen Jahre sprach er über die künftige Gewerkschaftsarbeit. Im neuen Jahre stehen wir vor schweren Ereignissen. Die wir heute noch nicht übersehen. Darum ist Geschlossenheit nötiger als je zuvor. Hoffen wir, daß die Wirtschaftskrise bald ein Ende nehme. Hoffen wir auch, daß die Parteien sich endlich einmal wieder als Deutsche zusammenfinden möchten. Möchten wir alle an diesem Ziele mitarbeiten. Kollege Gehring schloß mit dem Satz: „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben.“ Kollege Antrup dankte ihm im Namen aller. Zum Punkt Verschiedenes wurde nach der Notverordnung erwähnt betreffs Verlängerung der Amtsbauer der Betriebsräte. Nachdem noch auf den nächsten Unterrichtsabend hingewiesen wurde, schloß Kollege Antrup um 6.30 Uhr die gut verlaufene Versammlung.

Döhrup. Am 23. Januar hatten wir unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege Hünemeyer, die Versammlung eröffnet hatte, begrüßte er die Anwesenden, besonders auch den Kollegen Sparenberg aus Gronau. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht werden möchten. Vom Schriftführer wurde alsdann das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen. Anschließend daran trug er den Jahresbericht vom Jahre 1931 vor. Hierauf gaben die Schriftführerinnen von der weiblichen Jugendgruppe und der Schriftführer von der männlichen Jugend einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit in beiden Gruppen. Dann trug unser Kassierer Albert Verboom zuerst den Kassenbericht vom vierten Quartal 1931 und anschließend den Gesamtkassenbericht vom verflorenen Jahre vor. Besonders erwähnenswert aus demselben ist, daß an Unterhaltungen insgesamt 692,10 M. ausgezahlt worden sind. Ein Beweis, daß unser Verband auch in den Tagen der Not für seine Mitglieder sorgt. Die Kasse und Bücher geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Sparenberg gab hierauf den Betriebsratsbericht von 1931. Darauf wurde die Vorstandswahl gefolgt. Statutengemäß ist die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus. Wiedergewählt wurden als zweiter Vorsitzender Kollege Lambert Seuringer und als erster Kassierer Kollege A. Verboom. Neugewählt als zweiter Kassierer wurde Kollege Walter Schieber, als zweite Schriftführerin die Kollegin Verla Steffers, als Beisitzer die Kollegen Hermann Köster, Erwald Ernst, Bernhard Freemann und die Kollegin Friede Kraft; und als Kassenrevisor wurde Kollege Heinz Reesmann wiedergewählt. Alsdann wurde die Wahl der Kartelldelegierten gefolgt. Fast sämtliche Kartelldelegierten wurden wiedergewählt. Neugewählt wurden die Kollegen Hermann Kempers und Hermann Volkberg. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch über die 15prozentige Senkung der Mieten laut Notverordnung gesprochen. Kollege Sparenberg gab hierüber Aufklärung. Zum Schluß ermahnte er die Anwesenden, besonders in dieser Notzeit treu zum Verbands zu halten. Die Arbeiterschaft dürfe in der gegenwärtigen Zeit nicht mut- und hoffnungslos sein. Es habe schon noch schlimmere Zeiten gegeben. Wenn alle einig und geschlossen zusammenhalten und für den Verband arbeiten, dann werde man auch über diese schwere kritische Zeit hinwegkommen. Als dann noch einige persönliche Angelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Speiser. Am 23. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre ordentliche Generalversammlung ab. Bei Eröffnung konnte der Vorsitzende, Kollege Kraft, eine äußerst große Anzahl Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Ein besonderes Willkommen entbot er dem Kollegen Engelmann (Gittingen), dem er Worte der Anerkennung und des Dankes für die in den 11 Jahren seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit im Amt geleistete Arbeit im Interesse der christlichen Arbeiterschaft widmete. Der Vorsitzende bat den Kollegen Engelmann, seine Kräfte auch weiterhin, soweit möglich, in den Dienst unserer christlichen Arbeiterschaft zu stellen, damit das unter seiner Führung Geschaffene erhalten und weiter ausgebaut werden möge. Dem einer gewissenhaften Vorbereitung konnten die drei ersten Punkte, Protokollverlesung, Kassen- und Geschäftsbericht, reich erledigt werden. Sie gaben ein Spiegelbild von der unermüdeten und erfolgreichen Führung der Ortsgruppe, wofür der Verbandsamt einstimmig Entlastung erteilt wurde. In Erledigung des vierten Punktes (Neuwahlen) wurde der bisherige erste Vorsitzende Josef Kraft sowie der Schriftführer Edwin Krenz, und die anderen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Diese einstimmige Wiedergewähl der beehrten Kollegen stellt ein einträgliches Vertrauensvotum der Mitglieder dar. Hierauf wies zu Punkt 5 der Kollege Engelmann den Wort. Einiges seiner Ausführungen gab der Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen, mit denen er seit diesem Winter zusammengearbeitet, sich wiederum unserer Sache zur Verfügung gestellt haben. Er sehe darin den besten Beweis, daß auch in Speiser für die christliche Gewerkschaftsbewegung die Zukunft gesichert sei. Diese Gewissheit vermag ihn auch zum Dank für all die Kollegen, die in den verflorenen Jahren mit ihm zusammengearbeitet haben. Er hat die Gewerkschaftsbewegung die Treue zu halten, wie auch er in der Zukunft zur Mitarbeit bereit sei.

Zu seinem Vortrag überging, gab der Redner jedoch ein Bild von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und den Ausichten für die Zukunft. Am Ende seiner Ausführungen er-

tete der Redner starken Beifall, der auch in der Aussprache klar zum Ausdruck kam. Unter Punkt 6 kamen verschiedene Angelegenheiten betrieblicher und gewerkschaftlicher Natur zur Sprache, besonders die Frage der Preisfestlegung. Dabei fand nach eingehender Beratung ein Antrag Annahme, in welchem die Ortsgruppenleitung beauftragt wurde, Verhandlungen bezüglich der Senkung der Kosten für das Führen des Mittagessens einzuleiten.

Nach erneutem Dankeswort an Redner und Anwesende fand die Versammlung gegen 12 Uhr ihren Abschluß.

Sierfen. Unsere Ortsgruppe hatte am 24. Januar ihre Mitglieder zur Generalversammlung eingeladen. Der Vorsitzende, Kollege Engels, eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Mitglieder. Zunächst gedachte er der verstorbenen Kollegen und Kolleginnen Maria Kor. Maria Gimmensbender, Johanna Jansen und Johann Jongsloed. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Sigen. Hierauf erteilte er der Kassiererin, Kollegin Bannen, das Wort zum Kassenbericht. Durch die Wirtschaftskrise sind die Einnahmen zurückgegangen und der Betrag der Unterhaltungen gestiegen. Die Zahl der Mitglieder hat ebenfalls einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Der Bericht wurde mit Dank entgegengenommen und der Kassiererin einstimmig Entlastung erteilt.

Mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage wurde auf Vorschlag des Vorstandes die Amtsbauer der Vorstandsmitglieder um ein Jahr verlängert. Desgleichen wurde von einer Wahl der Kartelldelegierten und der Kassenrevisoren Abstand genommen. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Geschäftsführer Nöhjemes das Wort.

Kollege Nöhjemes schilderte in seinen Ausführungen die rückläufige Bewegung im Wirtschaftsleben und die damit verbundene Lohnsenkung für die Textilarbeiter. Weiterhin gab er noch einen Überblick über die Kürzungen auf sozialpolitischem Gebiet (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, Kurzarbeiter- und Kräfteunterstützung). Die Lohnsenkungen und die Kürzungen in der sozialen Gesetzgebung haben die Einkommen der Arbeiter so geschmälert, daß die Grenze des Möglichen längst überschritten ist. Hinzu kommt die langanhaltende Kurzarbeit und die steuerlichen (Bürgersteuer) und sozialen Belastungen.

Der Redner ging dann dazu über, die Schlussfolgerungen aus den Bestrebungen der sozialen Reaktion zu ziehen. Seit Jahren sind Kräfte am Werk, die der Arbeiterschaft alle Errungenschaften nehmen wollen. Kampf der sozialen Gesetzgebung, Kampf dem Tarifvertrag, Kampf dem Schlichtungswesen, Kampf den Gewerkschaften war seit Jahren der Schicksalstrahl arbeiterfeindlich eingestellter Kreise. Doch die Arbeiterschaft stand diesen Bestrebungen in geschlossener Front gegenüber. Arbeitergeist und Führergeist, Arbeitermilde und Führermilde haben die Bestrebungen der Reaktion durchkreuzt. Wohl ist es der Reaktion gelungen, der Arbeiterschaft Ratten, die ins Unermessliche gehen, aufzuerlegen, jedoch hat man nicht vermocht, die Grundlage der Sozialversicherung, des Tarifrechtes, des Tarifvertragswesens zu zerstören. Dieser Erfolg bildet die Grundlage, bei kommoder Gesundheit der Wirtschaft das Verlorene wieder zu erringen und in organisierter Entschlossenheit neu zu gestalten. So wie die Arbeiterschaft in schwerer Notzeit treu zusammenstand, um Schwereres fernzuhalten, wird dieselbe in Treue zum Verband und zur Führung des Verlorene zurückzubekommen müssen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Bunde, daß sich jeder Textilarbeiter unserm Verbands anschließen möge.

Nach diesen Ausführungen, die von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurden, folgte eine lebhaftes Aussprache. Bei der Erörterung über die Bürgersteuer für Kurzarbeiter setzte ein Sturm der Entrüstung ein. Stürmisch wurde verlangt, daß für alle Arbeiter in der Textilindustrie beantragt werden sollte, von der Bürgersteuer befreit zu werden. Begründet wurde das Verlangen damit, daß von dem durch Lohnkürzungen um 20 und mehr Prozent gesunkenen Einkommen es nicht möglich sei, die Bürgersteuer zu entrichten. Die Versammlung einigte sich nach längerer Aussprache auf eine Eingabe an das Stadivorordnetenkollegium zur Streichung der Bürgersteuer für Kurzarbeiter.

Der Vorsitzende dankte zum Schluß allen für den Besuch der Versammlung und besonders jenen, die im vergangenen Jahre treu zur Fahne gehalten haben. Besonderen Dank widmete er den Mitarbeitern im Vorstand, den Vertrauensleuten und den Betriebsratsmitgliedern, die in den Betrieben trotz größter Schwierigkeiten die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen haben. Er ermahnte und ermunterte alle, auch im Jahre 1932 in Treue und Liebe zum Verbands zu stehen und ihre Mitarbeit nicht zu verlagern. Mit Gottes Hilfe möge es dann gelingen, der Not Herr zu werden, und die Zeit nicht mehr ferne sein zu einem gesunden Aufstieg der Arbeiterschaft.

† Sterbetafel †

- Joh. Hild, Krefeld, 75 J. — Joh. Benning, Bocholt, 53 J. — Maria Leopold, Sommerfeld, 29 J. — Aug. Willms, Aachen, 73 J. — Anna Bar. Kuba, 53 J. — Bernh. Focke, Greven, 23 J. — Stephan Haller, Brandl, 68 J. — Peter Gernes, Schiefbahn, 24 J. — Joh. Schlatmann, Heine, 54 J. — Joh. Müller, Eitorf, 51 J. — Joh. Tefrote, Süßloh, 27 J. — Joh. Ortman, Aachen, 76 J. — Konr. Frank, Lobberich, 81 J. — Frau E. Pöppmann, Krefeld, 56 J. — Sch. Jansen, Müllich, 49 J. — Goppe Kerckhoff, Ahaus, 18 J. — Sub. Westrup, 47 J. —

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Sozialreform. — Leistungsabbau oder Verwaltungsreform in der Sozialversicherung? — Schriftmacher der Reaktion. — Zweierlei Maß. — Millionenverluste der Arbeitnehmer bei Backparschaften. — Wenn man nicht organisiert ist. — Zur englischen Geldentwertung. — Zwei Aufgaben der Jugendführung. — Die Christliche Arbeiterhilfe in Sachsen. — Eine Warnung für die Erwerbslosen. — Massenkundgebung der christlichen Bergarbeiter in Essen. — Zulleiten: Gewerkschaftlich geschlossene Haltung führt zum Ziele! — Friedrichland. — Jöllenberg. — Döhrup. — Speiser. — Sierfen. — Sterbetafel. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florstraße 7.

Sächsische Bettfedern.
Fabrik Paul Meyer, Döllsch 192
Provinz Sachsen, Angerstr. 4
stark federnd und zierlichste
streng reelle Qualität
Bettfedern bedacht. Näher in Fabrikspreisen
Fertig prima Bett-Intert
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Probett
mit Preisliste zusammen und portofrei

„Der Deutsche“
ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers